



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung

8. Sitzung (öffentlich)

20. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Vorlagen 16/487,16/515,16/551 und 16/652
Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

– Aussprache 6

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung – für das Haushaltsjahr 2013 mit Stimmenmehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten zu. Der Einzelplan 06 ist angenommen.

2 Sachstand der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern bezüglich des Kooperationsverbots¹⁵

- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 15
- Aussprache 16

3 Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsautonomie 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1255

In Verbindung mit:

Finger weg von der Hochschulautonomie – Positionspapier der Hochschulratsvorsitzenden nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1190

Sowie:

Hochschulautonomie zukunftsgerichtet weiterentwickeln – Demokratische Strukturen stärken, Verantwortung des Wandels wahrnehmen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1898

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1962

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache einstimmig den Vorschlag der Obleuterunde, zum Thema des Tagesordnungspunktes am Dienstag, 7. Mai 2013, ab 14:00 Uhr eine Anhörung durchzuführen. Die Einzelheiten zum Kreis der Sachverständigen und dem Fragenkatalog werden in einer der nächsten Obleuterunden abgesprochen.

- 4 Vierwöchige Online-Studierenden-Umfrage: Hochschule-Gestalten.NRW 19**
- Vorlage 16/641
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 19
 - Aussprache 20
- 5 Entwicklung der Betreuungsrelationen an den Hochschulen 2000 – 2013 23**
- Vorlage 16/640
- Ministerin Svenja Schulze berichtet 23
 - Aussprache 24
- 6 Massive Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des neuen Operationszentrums des Düsseldorfer Uni-Klinikums 25**
- Vorlage 16/642
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 25
 - Aussprache 26
- 7 Gesetz zur Zweckbindung der vom Land Nordrhein-Westfalen nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel (Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz – EMZG NRW) 27**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/748
- Ausschussprotokoll 16/143
- Aussprache 27
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/748 mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten bei Einhaltung durch die CDU-Fraktion zu.

8 Verschiedenes**28**

- Hinweise des Vorsitzenden

28

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Vorlagen 16/487,16/515,16/551 und 16/652

Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Vorsitzender Arndt Klocke erinnert an die Vereinbarung, dass in der heutigen Sitzung Anträge zwar vorgestellt werden könnten, die Abstimmung allerdings im Haushalts- und Finanzausschuss stattfinde.

Dr. Stefan Berger (CDU) macht darauf aufmerksam, seine Fraktion werde ihre Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss und nicht im hiesigen Ausschuss einbringen. Unbestritten bedeute der vorgelegte Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 7,4 Milliarden € den größten bisher eingebrachten Ansatz für einen Wissenschaftshaushalt in NRW. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrage 765 Millionen €. Diese Steigerung erkenne er als zunächst löblich an. Eine tiefere Analyse des Haushaltsansatzes offenbare allerdings, dass die Erhöhungen wie schon in den Vorjahren nicht aus der politischen Gestaltungskraft der jetzigen Regierung resultierten, sondern auf Folgewirkungen aus anwachsenden Zahlen von BAföG-Anträgen sowie steigendem Bedarf bei Mitteln des Hochschulpakts seien, der vorgezogen werden solle. Ferner gehörten bestimmte Bund-Länder-Programme in den Kontext.

Zur Steigerung hätten insofern der Bund und rechtliche Verpflichtungen beigetragen. Eine eigene Handschrift der aktuellen Regierung sei nicht erkennbar. Aspekte wie die Hochschulmodernisierung oder der Fachhochschulausbau seien im Grunde genommen die Weiterführung von Programmen des ehemaligen Wissenschaftsministers Pinkwart. Lediglich in den Bereichen „Gender“ und „Diversity“ habe er zwei kleinere Aktivposten wahrgenommen. Allerdings seien auch diese zu wenig geeignet und zu schwach, um eine nachhaltige politische Lenkungswirkung zu entfalten, sofern dies überhaupt gewollt sei.

Vernünftig wäre es, beim Rückkehrerprogramm keine Kürzungen vorzunehmen, sondern dieses ebenfalls vom ehemaligen Fachminister eingeführte wertvolle Programm zu stärken. – Rätselhaft bleibe, was sich hinter der „Initiative Fortschritt“ verberge. Seine Fraktion werde diesen Ansatz in den nächsten Jahren kritisch begleiten und hoffe, dass es sich dabei nicht um eine „Spielwiese“ handle.

Schon im Zusammenhang mit dem letzten Haushalt habe seine Fraktion Fragen zum Thema „Bewirtschaftungskosten“ gestellt. Mitgeteilt worden sei, dass lediglich Mieten indiziert seien. – Bekannt sei die Preisentwicklung bei Gas, Strom und Wasser. Solange im Haushalt als Vergleichsgröße die Quadratmeterzahl angegeben werde und die Bewirtschaftungskosten nicht indexiert würden, seien die Kanzler vor die Frage gestellt, wie diese Kosten finanziert werden sollten. Bisher werde auf den Stellenplan

gedrückt, so dass sich die Bedingungen für Forschung und vor allem Lehre verschlechterten. Er appelliere im Sinne der Logik an die Landesregierung, Mietkosten zu indexieren, da sich dort Verteuerungen einstellten, mit denen umzugehen sei.

Studienbeiträge nach dem Modell der schwarz-gelben Legislaturperiode hätten ein Mehr von 300 Millionen € bedeutet. Rot-Grün kompensiere lediglich in Höhe von 249 Millionen €. Auf die gesamte Legislaturperiode gerechnet „verzichte“ Rot-Grün damit auf zusätzliche Studienbeitragsmittel in Höhe von 250 – 300 Millionen €. Einschließlich Zins und Zinseszins ergebe sich sogar eine Differenz von in der Summe 2 Milliarden €.

Angeblich – so die Landesregierung auf eine weitere Frage seiner Fraktion – gingen sämtliche Hochschulen mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln verantwortungsbewusst um. Das sei zunächst erfreulich; allerdings habe die Landesregierung auf den von seiner Fraktion beschriebenen Sachzusammenhang hin ihr „Hochschulzukunftsgesetz“ eingeführt, um dem nach ihrer Lesart feststellbaren „politischen Blindflug“ mit entsprechender Kontrolle nachzugehen. Sollte es aber doch keine Fälle dieser Art geben, sei das Hochschulzukunftsgesetz als Fortführung des Hochschulfreiheitsgesetzes hinfällig.

Im „Spiegel“ sei vor kurzem ein Ranking der Wissenschaftsminister/Wissenschaftsministerinnen der Länder durch die Professorenschaft zu lesen gewesen. Danach stehe Ministerin Schulze kurz vor dem Scheitern. Bundesweit nehme sie Platz elf ein. Sollte die Ministerin ihren Kurs nicht ändern, seien sogar andere Ausmaße möglich.

Angela Freimuth (FDP) möchte mit den Initiativen ihrer Fraktion Chancen für junge Menschen nicht nur erhalten, sondern noch ausbauen. So solle das akademische Niveau in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt werden. Diesem Anspruch müssten Landesparlament und Landesregierung folgen. Wegen der falschen Prioritäten in der Finanzausstattung der Hochschulen blieben zahlreiche Chancen ungenutzt. Vor diesem Hintergrund stimme ihre Fraktion dem Haushaltsplanentwurf für den Einzelplan 06 nicht zu.

Zwar habe das Ministerium die Fragen ihrer Fraktion zum Haushalt beantwortet (siehe Vorlage 16/652); allerdings verwunderten sie die Antworten in Teilbereichen mangels ihrer Substanz schon. Exemplarisch nenne sie die Zuschüsse an die Hochschulen zur Erweiterung der Ausbildungskapazitäten für die Sonderpädagogik. Der Haushaltsentwurf sehe in diesem Zusammenhang eine Verpflichtungsermächtigung von 66,24 Millionen € vor. Die Antwort des Ministeriums liefere keinen Anhalt dafür, auf welcher Grundlage das Haus die Höhe der Verpflichtungsermächtigung ermittelt habe.

Das Ressort habe „Fortschritt NRW“ als neues Projekt ins Leben gerufen und mit immerhin 10 Millionen € ausgestattet. Welche Maßnahmen speziell gefördert werden sollten, werde weder aus dem Haushaltsplanentwurf noch dem Erläuterungsband und erst recht nicht der Beantwortung der Vorlage ersichtlich. Ohne konkrete Überlegungen könne ihre Fraktion nicht ihr Placet zum Haushalt geben. Sie fühle sich als Parlamentarierin nicht angemessen behandelt.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) qualifiziert den vorgelegten Haushalt als den nach Auffassung seiner Fraktion intransparentesten Einzelplan. Begründet liege diese Intransparenz in den Globalhaushalten der Universitäten. Auch die Piraten befürworteten keinesfalls eine ministeriale Detailsteuerung der Hochschulhaushalte. Trotzdem solle den Bürgerinnen und Bürgern Einsicht gewährt werden. Das Volumen des Einzelplans sei durchaus positiv zu bewerten.

Karl Schultheis (SPD) vermag den Wunsch nach einem größeren Mittelvolumen durchaus nachzuvollziehen. Allerdings steige der jetzige Ansatz auch im Vergleich zu den Vorjahren schon um rund 25 % in Bezug auf die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung. Das sei ein im Bundesländervergleich gutes Ergebnis. Nordrhein-Westfalen habe unabhängig von den bisherigen Regierungskonstellationen in den vergangenen Jahren gezeigt, dass man im Bereich von Wissenschaft und Forschung Möglichkeiten für den Strukturwandel und die wirtschaftliche Stärkung des Landes sehe.

Nach Auffassung seiner Fraktion bedeute der jetzige Haushalt einen guten Schritt nach vorne, wenngleich eine ganze Reihe von Positionen lediglich fortgeschrieben werde. Nichtsdestoweniger sei es mit einer gewissen Kraftanstrengung verbunden, diese Fortschreibung zu finanzieren.

In dem Zusammenhang seien auch die Hochschulpakte zu erwähnen, die nicht in allen Bundesländern so wie in Nordrhein-Westfalen je hälftig von Bund und Land getragen würden. Nordrhein-Westfalen habe stets seine Komplementärmittel bereitgestellt. Ministerin Schulze sei bestrebt, angesichts des doppelten Abiturjahrgangs den Finanzierungsdeckel zu anzuheben. Beim Thema „Studienbeiträge“, das die Opposition immer wieder stereotyp vorbringe, sei die Entwicklung über sie selber hinweggegangen. Studiengebühren als Finanzierungsmodell gehörten der Vergangenheit an. Das wiederholte Aufrechnen führe zu nichts und nutze auch den jungen Menschen nichts, die man überzeugen wolle, ein Studium aufzunehmen.

Über die von Rot-Grün und der Landesregierung zur Verfügung gestellten Komplementärmittel werde die Qualität der Lehre gesichert. Dass bei der Forschungsstrategie keine Richtung erkennbar sei, könne er nicht bestätigen. Im Übrigen setze die Strategie der Landesregierung ja lediglich einen Rahmen, den Forschung und Lehre frei ausfüllen könnten. Konkrete Vorgaben könnten nicht gemacht werden, wenn

gleich Leitplanken gesetzt werden könnten. Die NRW-Forschungsstrategie sei richtig und sinnvoll, weil sie einen systemischen Ansatz über alle Häuser hinweg bedeute. Es sei erstrebenswert, die Forschungsaktivitäten der einzelnen Häuser systemisch stärker aufeinander zu beziehen und zusammenzuführen. Er hoffe, mit Hilfe der Fortschrittsstrategie dieses Ziel zu erreichen.

Eventuelle Änderungsanträge werde seine Fraktion ebenfalls im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen. Abschließend bedanke er sich bei den Ausschussmitgliedern für die bisher gute Beratung und bei der Ministerin und ihrem Ressort für den Einsatz für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) stimmt der Aussage des Abgeordneten Dr. Berger zu, dass es im in Rede stehenden Haushalt einen Zuwachs zu verzeichnen gebe. Dieser betrage 776 Millionen € und resultiere in schlussendlich in 7,41 Milliarden €. Alleine von 2012 bis jetzt bedeute dies einen Aufwuchs um 11,5 %. In dem Zusammenhang verweise sie auf den durchaus vorhandenen Schwerpunkt „Doppelter Abiturjahrgang/Studierende“. Dieser Aspekt einschließlich des Hochschulpakts stünden gerade im aktuellen Haushaltsjahr im Fokus. Von 830 Millionen € Hochschulpaktmitteln kofinanzieren das Land die Hälfte.

Mit dem Ausbau des neuen „Max-Planck-Instituts für chemische Energiekonversion“ in Mülheim an der Ruhr sowie dem „Fraunhofer-Anwendungszentrum Industrial Automation“ in Lemgo und dem Aufbau des „CARE – Centrums für Angewandte Regenerative Entwicklungstechnologien“ in Münster werde der Forschungsbereich gestärkt. Die Budgets der Forschungseinrichtungen stiegen um 5 %. Bedacht würden auch die Mittel für die Förderung von Forschung, Innovation und Lehre auf den Feldern der Nachhaltigkeitswissenschaft in der Initiative „Fortschritt NRW“.

Sie empfehle die Lektüre einer Stellungnahme des Wuppertal-Instituts zum einschlägigen Forschungstitel. Diese Ausarbeitung falle sehr positiv aus. Danach lege das Wissenschaftsministerium mit dem Rahmenkonzept den bisher umfassendsten und am weitesten gehenden Entwurf für ein Rahmenkonzept auf Länder- und nationaler Ebene vor. Das betreffe sowohl die Inhalte als auch die Definition von Instrumenten und Strategien zur Umsetzung. Zahlreiche Aspekte seien wegweisend. Die differenzierte Auseinandersetzung mit den Grundlagen eines linearen Fortschrittsverständnisses, die konsequente Hervorhebung von Systeminnovation und das Aufzeigen der Verknüpfung zur Grundlagenforschung sowie nicht zuletzt die Ausrichtung an dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon 2020“ und die Kopplung der damit verbundenen Strukturförderung seien Belege.

„Frauenförderung“ bleibe ein Dauerthema. An der Stelle offenbare die CDU ihr nach wie vor überkommenes Frauenbild. In der gesamten Wissenschaftscommunity sei die Rede von den Nachteilen bei der Dotierung von Professorinnen – gerade bei den W3-Professuren. Nordrhein-Westfalen beschreibe dort einen in die Zukunft gewandten Weg.

Entgegen dem vermittelten Eindruck, in Nordrhein-Westfalen sei alles zum Besten bestellt, so **Ralf Nettelstroth (CDU)**, empfangen er Signale einer chronischen Unterfinanzierung nordrhein-westfälischer Hochschulen. Bei dem Verweis auf Hochschulpaktmittel sei zu berücksichtigen, dass Nordrhein-Westfalen im Rahmen dieses „Vertrages“ sogar verpflichtet sei, 50 % zu finanzieren. Die Hochschulfinanzierung werde ein Thema auf der Tagesordnung der nächsten Jahre bleiben. Studiengebühren – wenn auch nicht in der bisher diskutierten Form – würden eine Rolle spielen. Hinweise aus entsprechenden Kreisen gebe es. Zu beantworten sei nämlich die Frage, wie der Standort Deutschland in dieser Frage zu stärken sei.

Ihn bewege ganz besonders das Thema „Bewirtschaftungsausgaben“. Die Universität Bielefeld etwa verzeichne in ihrem Etat ein Defizit von 7 Millionen €, das im Wesentlichen durch Bewirtschaftungskosten verursacht worden sei. Hinzu kämen die Eigenanteile bei der Baufinanzierung. Die Frage der Refinanzierung sei zu beantworten. Die Energiebewirtschaftungskosten beliefen sich für das Jahr 2013 auf 2,3 Millionen € gegenüber einem Gesamtetat von 15,3 Millionen €. Dieses Beispiel ließe sich auf sämtliche anderen Universitäten übertragen. Immerhin sei der Bewirtschaftungstitel im Wesentlichen gespiegelt. Das werde wohl auch noch 2014 so sein. Angesichts einer auf gesetzlicher Grundlage basierenden Stromkostensteigerung zwischen 10 und 11 % bedeute dies eine zusätzliche Belastung zu einem Zeitpunkt, da man an den Universitäten den doppelten Abiturjahrgang erwarte.

Ausweislich der Medienberichterstattung weise die Ministerin die Verantwortung dem Hochschulmanagement zu. Er hinterfrage die Richtigkeit dieses Ansatzes. Möglicherweise müsse man nicht nur zu einer Indexierung, sondern darüber hinaus einer kostendeckenden Übertragung kommen.

Zur Problemlösung habe die Universität Bielefeld auf Rückstellungen aus Studiengebührenmitteln zurückgegriffen. Dass der dortige AStA diesen Schritt heftig kritisiert habe, erwähne er bei der Gelegenheit nur nebenbei. Die Mittel würden im Wesentlichen aus „Lehre und Forschung“ abgezweigt. Im Gegenzug würden Stellen nicht besetzt. Wie gedenke die Ministerin das Problem in Zukunft in den Griff zu bekommen?

Mit Blick auf das Programm „Fortschritt NRW“ möchte **Angela Freimuth (FDP)** Informationen zum Binnenverhältnis mit dem zurückgefahrenen Ansatz „Förderung von Innovation“. – Im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt interessiere sie der Gesprächsstand. Was trete für den Fall ein, dass sich der Bund nicht wie gefordert stärker engagiere? Wie seien die Auswirkungen für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen in diesem und in den Folgejahren?

Ministerin Svenja Schulze (MIWF) geht auf die Wortmeldungen aus dem Ausschuss ein und begrüßt die Anerkennung durch die Opposition, dass ein Plus von 11 % ein klares Signal der Landesregierung für Bildung als ein Schwerpunkt bedeute.

(Angela Freimuth [FDP]: Frau Ministerin, dazu habe ich mich nicht geäußert!)

Der Abgeordnete Dr. Berger habe das Hochschulzukunftsgesetz negativ belegt. Kern dieses Gesetzes sei allerdings die Schaffung von mehr Transparenz vor allen Dingen für das Parlament. Eine gemeinsame Hochschulplanung müsse ermöglicht werden. Partizipation sei ein weiterer Gesichtspunkt. Das erforderliche Maß an Autonomie sei auch in der aktuellen Aussprache beleuchtet worden. Bisher seien Globalhaushalte als richtiger Weg qualifiziert worden. Mittlerweile solle das Land abweichend von dieser Linie aber bei den Energiekosten genauer hinschauen und in eine Einzelsteuerung gehen. Sobald allerdings bei den Energiekosten der Anfang gemacht werde, stelle sich die Frage nach weiteren Ansatzpunkten.

Der Abgeordnete Nettelstroth habe die Frage der Begleichung der Energiekosten in Bielefeld thematisiert. In diese Diskussion gehöre als zusätzliche Information, dass Bielefeld über Rücklagen in Höhe von 60 Millionen € verfüge. Diese Mittel seien dafür gedacht, Mehrbedarfe, wie sie sich zum Beispiel im Zusammenhang mit dem doppelten Abiturjahrgang ergäben, auszugleichen. Immerhin habe man es ja nicht mit einer Sparkasse zu tun.

Energiekosten belegten, dass es Sinn mache, an den Hochschulen mehr Daten zu erheben. Die sicherlich unbestreitbaren Mehrkosten lägen an der einen großen Hochschule bei 50.000 €, während eine vergleichbare andere Hochschule zusätzliche Energiekosten über 2 Millionen € melde. Das Land werde die erforderlichen Zahlen erheben und in eine Diskussion darüber eintreten.

Wie erkläre sich angesichts der vom Abgeordneten Nettelstroth reklamierten chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen, dass das den Hochschulen zur Verfügung gestellte Volumen zwischen 2007 und 2012 um 25 % erhöht worden sei? Die Landesregierung anerkenne damit, dass die Hochschulen angesichts steigender Studierendenzahlen mehr Geld benötigten. Eine Diskussion an der Stelle, bei der auch noch eine Verknüpfung zu den Studiengebühren hergestellt werde, empfinde sie als „sehr ungewöhnlich“. Im Übrigen hätten Studiengebühren einvernehmlich nicht zur Grundfinanzierung herangezogen werden dürfen oder um zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Schwarz-Gelb habe während seiner Regierungszeit stets von „zusätzlichen Mitteln“ gesprochen. Bildung müsse eben gebührenfrei sein und zeichne Nordrhein-Westfalen als Industrieland aus. Mehr Geld für den Bildungsbereich sei über Steuern zu regeln.

Zum Thema „Sonderpädagogik“! Bei Schaffung von 500 Studienplätzen mehr, habe man es im ersten Jahr mit 500 Studienanfängerinnen/Studienanfängern mehr zu tun, die mit rund 4,6 Millionen € in einem Jahr zu Buche schlügen. Im Folgejahr habe man es mit 1.000 Studierenden zu tun. Geplant sei auf etwa fünf Jahre, weil nicht alle Studierenden in weiterführende Studiengänge wechselten. Ausführliche Erläuterungen biete die entsprechende Vorlage (Vorlage 16/652) auf den Seiten 9 und 10. Ihre Forschungsstrategie habe sie im Ausschuss ausführlich vorgestellt und mittlerweile mit allen Hochschulen/Forschungseinrichtungen diskutiert. Am kommenden Freitag werde es erneut einen großen Kongress zu diesem Thema geben. Die konsolidierte Fassung der Forschungsstrategie werde sie dem Ausschuss vorstellen.

Für die derzeitige Phase des Hochschulpakts 2020 seien die Zahlen deutlich zu niedrig berechnet worden. Deshalb habe sie intensiv beim Bund interveniert, da der Bund die Mittel, die Nordrhein-Westfalen benötige, entgegen seiner ursprünglichen Zusage nicht in seinem Haushalt etatisiert habe. Sie halte ihren Druck aufrecht. Im April solle es zur Unterzeichnung einer abschließenden Vereinbarung über die zugesagten Mittel kommen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass die Bundesregierung im Wahljahr aus dieser Vereinbarung aussteigen werde. Massiver Ärger mit den Bundesländern wäre vorprogrammiert.

Oliver Bayer (PIRATEN) erwidert auf die Absichtserklärung der Ministerin, mehr Transparenz schaffen zu wollen, dass Globalhaushalte generell intransparent seien. Mehr Daten zu erheben, wünsche er sich an vielen haushaltsrelevanten Stellen. Im diskutierten Zusammenhang handle es sich allerdings um Flickschusterei.

Schon vor dem doppelten Abiturjahrgang seien zahlreiche Fachhochschulen und Hochschulen überbelegt gewesen und ohne entsprechend angepasstes Mittelvolumen chronisch unterfinanziert. – Seine Fraktion wolle „Opern Access“ über einen Antrag an den Universitäten verpflichtend machen und über einen Haushaltsantrag budgettechnisch flankieren. Zu beobachten sei, dass Universitäten von Jahr zu Jahr mehr und mehr Journale abbestellen müssten und damit über eine sinkende Zahl an Publikationen für ihre Bibliotheken verfügten. Eine geringere Auflagenzahl der Journale verteuere diese und führe wiederum zu ihrer Abbestellung. Auch diesem Teufelskreis lasse sich über Opern Access begegnen.

Dr. Stefan Berger (CDU) relativiert, er habe den Zuwachs lediglich „beschrieben“. Lege man nämlich die Zahl der Studierenden aus dem Jahre 2010 auf den Haushalt um und vergleiche dies mit dem jetzigen Niveau, ergebe sich ein heute geringerer Pro-Kopf-Beitrag. Es bleibe also bei der Unterfinanzierung der Universitäten. Der Aufwuchs habe im Übrigen schon zu Zeiten angefangen, als es noch Studiengebühren gegeben habe.

Stichwort „Transparenz“: Im Erläuterungsband finde man die Zahlen zu jeder Hochschule. Er könne dem Ansinnen der Piraten beitreten, dass die Hochschulen zwecks detaillierterer Auskünfte ihre Haushalte veröffentlichen. Nicht mittragen könne er allerdings, den Hochschulen vorzuschreiben, wie sie ihre Haushalte aufzustellen hätten.

Energiekosten müssten selbstverständlich indexiert werden, da sich die Zahlen doch von Jahr zu Jahr veränderten. Nicht schlüssig sei die Aussage der Ministerin, dass die Landesregierung dann auch auf andere Bereiche zugreifen können müsse. – Bei der Gelegenheit erinnere er daran, dass das Land die Universität Bielefeld dazu verpflichtet habe, zur Begleichung der Mehrkosten die Rücklage aus Studiengebühren heranzuziehen.

Dietmar Bell (SPD) greift die Aussage auf, Bielefeld habe eine Rücklage aus Studiengebühren in Höhe von 60 Millionen € gebildet. Skandalös wäre dies nicht für die Landesregierung, sondern die Universität Bielefeld selber.

Im Zusammenhang mit der Mietkostenindexierung müsse sich Politik über eine rein technokratische Indexierung hinaus mit dem „Mietmodell BLB“ und Anstrengungen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung befassen. Das jetzige Mietmodell biete zu geringe Anreize für eine solche Sanierung. Dort müsse es zu einer politisch getragenen Lösung kommen, die auch für andere Träger in Nordrhein-Westfalen gelte.

Der Presseberichterstattung in Bielefeld vom heutigen Tage, informiert **Ralf Nettelstroth (CDU)**, sei zu entnehmen, dass Mittel, die bisher als Rückstellung aus Studiengebühren gebildet worden seien, eingesetzt würden, um das Haushaltsdefizit von 6,9 Millionen € abzudecken. „60 Millionen € Rücklage“ habe die Ministerin genannt. Dem werde er gerne noch einmal nachgehen. – Die Entwicklung der Bewirtschaftungskosten könne man nicht ignorieren. Die erhöhten Mittelansätze seit 2007 habe die Ministerin erwähnt. Allein schon im Bereich „Strom“ seien die Kosten um 47 % gestiegen. Man könne nicht so tun, als wisse man das nicht. Schließlich seien erhöhte Mittelansätze im diskutierten Bereich auch bei den Vorbereitungen des Haushaltsplanentwurfs für 2014 im Ministerium ein Thema.

Karl Schultheis (SPD) wirft ein, das gelte auch für die Privathaushalte. Dort verhalte es sich bei den Löhnen und Gehältern entsprechend.

Ministerin Svenja Schulze (MIWF) legt dar, Steigerungen bei den Energiekosten gelte es systematisch anzugehen. Deshalb habe die Landesregierung mit den Hochschulen ein Raster vereinbart. Bei der Aufstellung der Globalhaushalte seien seinerzeit lediglich grobe Summen angenommen worden. Niemand habe sich beschwert, weil das System auskömmlich gewesen sei. Jetzt müsse systematisch beleuchtet werden, weshalb die Annahmen nicht mehr ausreichend seien.

Hätte das Land regelmäßig Zahlen und Controlling-Berichte aus den Hochschulen erhalten, hätte man eine Übersicht über die Entwicklung gehabt und einfacher nachsteuern können. Sie erinnere daran, dass die Unterschiede zwischen durchaus ähnlichen Hochschulen zum Teil eklatant seien. Um genauere Zahlen zu erhalten, frage das Land nach den Buchungsgepflogenheiten.

Beiträge aus Studienmitteln und Kompensationsmittel seien bezüglich ihrer Verwendung festgelegt und dürften einzig und allein zur Verbesserung der Qualität der Lehre eingesetzt werden. Das sei schon zu Zeiten des von Schwarz-Gelb formulierten Gesetzes so gewesen.

Die Anregung des Abgeordneten Beyer bezüglich einer Open-Access-Plattform sei gut; allerdings existiere eine solche Plattform auch schon. Sie verweise auf das Hochschulbibliothekszenrum (www.dipp.nrw.de). Bevor eine weitere Plattform geschaffen werde, solle man sich zunächst dieser Plattform zuwenden.

Oliver Bayer (PIRATEN) erwidert, er habe nicht von einer „Plattform“ gesprochen. Ihm gehe es um eine Begleitung und Verpflichtung.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 06 – Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung – für das Haushaltsjahr 2013 mit Stimmenmehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten zu. Der Einzelplan 06 ist angenommen.

